



Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

Beschluss

TOP II. 11. Lebensmittelverschwendung bekämpfen

Berichterstattung: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen,
Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen,
Nordrhein-Westfalen, Saarland

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben sich mit dem Phänomen des so genannten Containers befassen und sind sich angesichts von mehreren Millionen Tonnen Lebensmitteln, die jährlich vernichtet werden, in dem Ziel einig, dass diese Lebensmittelvernichtung möglichst vermieden werden sollte.
2. Das Straf- und Zivilrecht bieten keinen Ansatz, das Problem der Lebensmittelverschwendung zu lösen. Vielmehr ist die Verschwendung noch verwertbarer Lebensmittel von vornherein zu vermeiden.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister sind der Ansicht, dass das Strafverfahrensrecht ausreichende Möglichkeiten bereit hält, allen denkbaren Fallkonstellationen im Einzelfall Rechnung zu tragen.
4. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Bundesregierung, unter Beteiligung der entsprechenden Fachministerkonferenzen alternative Abgabeformen von Lebensmitteln zu entwickeln, die es insbesondere großen Lebensmittelanbietern ermöglichen, Lebensmittel freiwillig und ohne Nachteile an Dritte, etwa die Tafeln für Bedürftige, abzugeben. Sie bitten in diesem Zusammenhang auch darum, die wechselseitigen Abhängigkeiten der umwelt-, abfall-, lebensmittel- und steuerrechtlichen Vorschriften zu untersuchen, um dieses Ziel zu erreichen.
5. Die Vorsitzende der Justizministerkonferenz wird gebeten, diesen Beschluss an die Arbeits- und Sozialminister-, Gesundheits-



Schleswig-Holstein 2019
90. Konferenz der
Justizministerinnen
und Justizminister

minister-, Verbraucherschutzminister-, Agrarminister-, Finanz-
minister- und Umweltministerkonferenz weiterzuleiten.

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen